



**Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen am
31.05.2017**

**Beitrag zum Tagesordnungspunkt 5:
Baum und Grünflächenerhalt in der Schleiermacherstr./ Blücherstraße**

Zur Stadtentwicklung

1. Die Bevölkerung Berlins wächst jährlich um ca. 30.000 Menschen.
2. Wohnraum/ Wohnangebote reichen derzeit schon nicht aus.
3. Es gibt ca. 20.000 Wohnungslose in 2016 in Berlin. Berlin entwickelt sich zur Hauptstadt der Obdachlosen.
4. VITA betreut derzeit ca. 230 Wohnungslose (überwiegend Frauen mit Kindern) in 3 Einrichtungen.
5. 6.500 junge Menschen werden derzeit in der Jugendhilfe betreut, 1.600 junge unbegleitete junge Menschen befinden sich in Hilfen zur Erziehung. Jugendwohnen im Kiez hat in den letzten 2 Jahren 15 Wohnungskündigungen für Angebote der Hilfen zur Erziehung bekommen.
800 junge Erwachsene verlassen jährlich die Jugendhilfe und finden keine Wohnungen.
6. Die Senatsverwaltung für Jugend beziffert den Bedarf an neuen Kitaplätzen bis 2020 auf 30.000. Jedes Jahr müssten also 10.000 Plätze gebaut werden.
7. Sollen 1.223 Unterschriften von Bürgern die Interessen von 281.000 Einwohnern des Bezirkes repräsentieren? (0,44%) (Eine Unterschriftensammlung unter den seelisch Behinderten, Wohnungslosen des Bezirkes und deren Unterstützern würde andere, deutlichere Ergebnisse bringen.)
8. Stadtentwicklung bedeutet für uns Träger, Fortschritt und Planung für die Zukunft und zum Wohle aller Bürger zu gewährleisten.
9. Die Stadtentwicklung kann nicht von den Interessen einzelner Bürger abhängig gemacht werden, die für sich in Anspruch nehmen, den Bedarf an Wohnraum im Bezirk und dessen Nutzungsform festzulegen.
10. Wenn soziale Träger die hoheitlichen Aufgaben des Bezirkes übernehmen sollen, dann brauchen sie hierzu die Unterstützung aus allen Parteien und jetzt hier auch des Stadtentwicklungsausschusses.
11. Was die Wohnungslosen, Menschen mit Behinderung und Eltern des Bezirkes überhaupt nicht brauchen ist eine weitere Verzögerung durch die Aufstellung eines Bebauungsplanes, welcher rechtlich nicht notwendig ist.

Bedarf ist unübersehbar im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg

1. Zurzeit fehlen weit über 100 Plätze im Betreuten Wohnen für Menschen mit seelischer Behinderung im Bezirk.
2. Patienten können die stationäre Versorgungssituation nicht verlassen, weil kein Wohnraum für sie zur Verfügung steht (Neuhospitalisierung) oder sie müssen mit ihrer psychiatrischen Erkrankung in die Obdachlosigkeit und oder Wohnungslosigkeit entlassen werden, was regelmäßig zu einem erneuten Rezidiv führt.
3. Die Kitaabteilung des Bezirkes hat den Bedarf für die Bezirksregion II auf 328 zusätzliche Plätze (Stellungnahme Juni 2016) beziffert.

Zur Initiative Kiezerhalt

1. Seit mehr als 4 Jahren läuft die Planung zum Vorhaben Blücherstr. 26. Es hat in dieser Zeit eine Bürgerbeteiligung stattgefunden (3 Bürgerversammlungen: Mai 2015, Mai + Juli 2016).
2. Alle konstruktiven Vorschläge aus diesen Versammlungen wurden berücksichtigt
3. Dennoch radikalisierte sich das Vorgehen und der Ton der Bürgerinitiative gegen die geplanten Vorhaben zunehmend:
 - Rechtsgutachten, Baumgutachten, Aufbieten von „Experten“ zur Verhinderung bzw. Verzögerung der Projektumsetzung
 - unvollständige/unkorrekte Informationen und diffamierende Anschuldigungen gegen die sozialen Träger (Infozettel/Presseartikel)
 - Instrumentalisierung der Bewohner (Flüchtlinge) des bestehenden Altbaus.
4. Die Sanierung des Altbaus ist weiterhin in der Planung. Diese ist jedoch nur in Abhängigkeit mit der Errichtung der Neubauvorhaben wirtschaftlich durchführbar. (Bisher ist weit über ¼ Mio. € an Sanierungsinvestitionen in den Altbau getätigt worden.)
5. Pläne und Arbeit des Stadtplanungsamtes, der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, des Baukollegiums, der beteiligten Architekten und Bauherren werden als unzureichend abgetan. Eigene Vorschläge wurden von der Bürgerinitiative nicht eingebracht.

Weitere Verzögerung z.B. durch Aufstellung eines neuen Bebauungsplanes bringt die geplanten Vorhaben zum Scheitern – Qualitätsverbesserung ist fraglich

1. Die vorliegende Planung wurde mit Bürgerbeteiligung, intensiver Diskussion im Bezirk, mit der Senatsverwaltung, im Baukollegium und mit den Trägern entwickelt. Sie hat den Bestand respektiert und behutsam weiterentwickelt. Die Möglichkeiten der Bebauung des Grundstücks sind beschränkt. Alle möglichen städtebaulichen Varianten wurden geprüft und abgewogen. Es ist nicht zu erwarten, dass durch eine Revision der Planung ein besseres Ergebnis entsteht oder mehr Bäume erhalten werden können.
2. Das Aufstellen eines neuen Bebauungsplanes bedeutet mindestens 2 Jahre Zeitverzögerung.
3. Während dieser Zeit steigen die Baupreise weiter an.
4. Für die Wohnflächen muss die Baufinanzierung über die Miete gedeckt werden. Bei sozialen Angeboten sind die Mieten über die Wohnraumverordnung nach oben beschränkt. Gleichzeitig ist es Ziel, bezahlbare Mieten zu erreichen.
5. Für die Finanzierung der Kita mit 80 Plätzen stehen 2 Mio. € öffentliche Förderung bereit. Diese müssen bis Ende 2018/Anfang 2019 verbaut sein. Baubeginn ist daher für August dieses Jahres vorgesehen.
Bei Verzögerungen durch das Aufstellen eines Bebauungsplanes verfallen diese Fördermittel für das Vorhaben und damit auch für Kreuzberg.
Dies bedeutet den Wegfall von 80 geplanten Kitaplätzen in der Bedarfsregion II.

Vita e.V. und Jugendwohnen im Kiez bitten deshalb alle Abgeordneten und Verantwortungsträger, Anträgen, die zur einer Verzögerung und/oder Verhinderung der für soziale Bedarfsgruppen des Bezirkes hier geplanten Bauvorhaben führen, nicht stattzugeben.

Berlin, 31.5.2017, Vita e.V., Jugendwohnen im Kiez e.V.